

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzung: Mittwoch, 07.12.2022

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:51 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Burim Mehmeti - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

bis 17:31 Uhr

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

sachkundige Bürger

Herr Wulf Groth - B90/GRÜNE

bis 18:46 Uhr

Frau Christiane Kraatz - B90/GRÜNE

Frau Jana Kurz - SPD

Herr Leonhard Pelster - SPD

bis 18:40 Uhr

Gäste

Herr Björn Hoppe - Beauftragter für die archäologische Denkmalpflege

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Rainer Mollerus - AbtL 61.1

Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61

Frau Michaela Springhorn - AbtL 61.3

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref 0600

Abwesend

weitere Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP entschuldigt

Frau Anneke vom Hofe - AfD entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Godehard Busche - CDU entschuldigt

Herr Hans-Joachim Jäger - CDU entschuldigt

Herr Thomas Martin - Seniorenrat Braunschweig entschuldigt

Herr Thomas Röver - Vertreter der Umweltverbände entschuldigt

Gäste

Herr Friedrich Metje - Seniorenrat Braunschweig entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - RefL 0650 entschuldigt

Frau Merle Spanuth - Dezernat VIII entschuldigt

Protokollführung

Frau Julia Matos - Ref. 0600 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Mitteilungen

2.1 Vorstellung des Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege (mündliche Mitteilung)

2.2 Grundsatzplanungen zur Sanierung des Gartenhauses Haeckel im Theaterpark mit dem Ziel des Erhalts und der Wiedernutzung eines Kulturdenkmals 22-20055

3 Freiflächenphotovoltaikanlagen in Braunschweig - Antrag auf Vorhaben- und Erschließungsplan im Bereich Leiferde 22-19554

4	Aufhebungssatzung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes WI50 vom 01.12.1970 Stadtgebiet zwischen Am Lehanger, Moselstraße, Oskar-Kämmer-Schule und der öffentlichen Grünfläche unter der Hochspannungsleitung Aufstellungsbeschluss	22-19775
5	153. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Hinter dem Berge"; Stadtgebiet nördlich der Straße "Hinter dem Berge" Planbeschluss	22-20052
6	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Hinter dem Berge", HL 48 Stadtgebiet nördlich der Straße Hinter dem Berge (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemarkung Hondelage Flur 11, Flurstücke 64/1 und 64/2 (tlw.) (Geltungsbereich B), Gemarkung Dibbesdorf Flur 5, Flurstück 5/2 (Geltungsbereich C) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, tlw. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses	22-19990
7	Bebauungsplan "Holwedestraße", AP 25 - Grundsatzbeschluss zur Fortführung des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans "Holwedestraße", AP 25 auf der Grundlage des Siegerentwurfes des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs "Nachnutzung Klinikum Holwedestraße"	22-20091
8	Braunschweiger Baulandmodell Gewerbe - Richtlinie zur bedarfsgerechten Entwicklung von Flächen für Gewerbe, Industrie und Forschungseinrichtungen	22-20096
9	Gebäude Petzvalstr. 50 B, Austausch Lastenaufzug Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	22-20036
10	Paillettenhimmel ergänzt mit Baumnachpflanzungen am Friedrich-Wilhelm-Platz	22-20078
11	Anfragen	
11.1	Freiflächenphotovoltaik in Braunschweig	22-20104
11.1.1	Freiflächenphotovoltaik in Braunschweig	22-20104-01
11.2	Innenstadtnahe langfristige Unterbringung von Geflüchteten	22-20136
11.2.1	Innenstadtnahe langfristige Unterbringung von Geflüchteten	22-20136-01
11.3	Ein Hundebrunnen in Gedenken an "Harras - der erste Polizeihund Deutschlands"	22-20128
11.3.1	Ein Hundebrunnen in Gedenken an "Harras - der erste Polizeihund Deutschlands"	22-20128-01

11.4	Ist die Aufhebung des Denkmalschutzes für die Braunschweiger Stadthalle und andere Bauwerke möglich?	22-20138
11.4.1	Ist die Aufhebung des Denkmalschutzes für die Braunschweiger Stadthalle und andere Bauwerke möglich?	22-20138-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt als Guest zu TOP 2 Herrn Björn Hoppe, Beauftragter für die archäologische Denkmalpflege, und teilt mit, dass Ratsherr Lehmann, die Bürgermitglieder Busche und Jäger sowie Herr Röver, Herr Martin und Herr Metje entschuldigt fehlen.

Ausschussvorsitzender Kühn schlägt vor, die Beschlussvorlage 22-19554 (TOP 3) aufgrund des thematischen Zusammenhangs gemeinsam mit der Anfrage 22-20104 (TOP 11.1) zu behandeln.

Ratsfrau Mundlos regt ergänzend an, die Beschlussvorlagen 22-20052 (TOP 5) und 22-19990 (TOP 6) aufgrund ihres thematischen Zusammenhangs ebenfalls gemeinsam zu behandeln.

Ausschussvorsitzender Kühn stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen

2.1. Vorstellung des Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege (mündliche Mitteilung)

Herr Hoppe stellt dem Ausschuss seine Tätigkeit als Beauftragter für die archäologische Denkmalpflege vor und beantwortet Nachfragen zu seinen Aufgaben.

Die Verwaltung sagt auf Anregung aus dem Gremium zu, die Kontaktdaten des Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege auf der städtischen Internetseite zu platzieren.

2.2. Grundsatzplanungen zur Sanierung des Gartenhauses Haeckel im Theaterpark mit dem Ziel des Erhalts und der Wiedernutzung eines Kulturdenkmals 22-20055

Herr Friedrich erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 15:34 Uhr die Sitzung.

Zur Frage von Ratsfrau Mundlos hinsichtlich der Förderung des Projektes informiert Herr Friedrich über die Möglichkeit, Förderanträge bei den in Braunschweig ansässigen Stiftungen und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz zu stellen. Gespräche mit potenziellen Fördergebern über eine finanzielle Beteiligung erscheinen erst sinnvoll, wenn mindestens das Nutzungskonzept und möglichst auch ein grober Kostenrahmen konkretisiert worden sind.

Konkrete Förderzusagen für die Sanierung wären zur Objekt- und Kostenfeststellung Anfang 2025 wünschenswert.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 15:36 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3. Freiflächenphotovoltaikanlagen in Braunschweig	22-19554
- Antrag auf Vorhaben- und Erschließungsplan im Bereich Leiferde	
11.1. Freiflächenphotovoltaik in Braunschweig	22-20104
11.1.1. Freiflächenphotovoltaik in Braunschweig	22-20104-01

Die Beschlussvorlage 22-19554 wird gemeinsam mit der Anfrage 22-20104 (TOP 11.1) der Gruppe Die FRAKTION. BS behandelt.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 15:39 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 15:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Dr. Piest bringt den mündlichen Änderungsantrag der BIBS-Fraktion ein und begründet diesen.

Ratsfrau von Gronefeld spricht sich für die CDU-Fraktion gegen die Realisierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage im genannten Bereich aus und begründet dieses u.a. mit der für die betreffenden Flächen ermittelten hohen Bodenpunktzahl.

Ratsherr Tegethoff bringt die Anfrage 22-20104 der Gruppe Die FRAKTION. BS ein.

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 22-20104-01.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff zur Zeitplanung für die Realisierung des Projektes sieht Stadtbaudirektor Leuer einen Zeitraum von etwa zwei Jahren als realistisch an.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt den Beschlussvorschlag der Verwaltung, da die vom Investor ausgewählten Flächen aus ihrer Sicht nicht geeignet sind, Freiflächenphotovoltaikanlagen zu betreiben. Photovoltaik und Freiflächenphotovoltaik sind für sie wichtige Bausteine zur Erreichung der Klimaneutralität Braunschweigs. Die entsprechenden Flächen können jedoch aus ihrer Sicht nicht allein - wie im vorliegenden Fall - nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgewählt werden.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos zur vorgesehenen Freiflächenphotovoltaikanlagen im Bereich der Deponie Watenbüttel erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass die erste in Anspruch zunehmende Fläche aller Wahrscheinlichkeit nach das Gut Steinhof nicht betreffen werde. Die Verwaltung steht mit dem Gut Steinhof und dem Museum in Kontakt und sucht nach einer einvernehmlichen Lösung.

Ratsherr Dr. Piest appelliert mit Hinweis auf die Klimakrise, dass schnell und insbesondere große Flächen für Freiflächenphotovoltaik benötigt werden. Vor diesem Hintergrund wäre es nach seiner Auffassung sinnvoll, sowohl die Flächen in Watenbüttel als auch - im Sinne seines mündlichen Änderungsantrags - in Leiferde hierfür zur Verfügung zu stellen.

Ratsherr Kühn erklärt für die SPD-Fraktion, dass Freiflächenphotovoltaik eine große Möglichkeit darstellt, zeitnah gute Ergebnisse hinsichtlich der klimaneutralen Energiegewinnung zu erzielen. Allerdings steht die gute Bodenqualität bei Leiferde in Konkurrenz hierzu. Eine alternativ mögliche Agro-PV-Anlage wurde vom Investor nicht vorgeschlagen. Er kündigt

deshalb die Ablehnung des mündlichen Änderungsantrags an.

Ausschussvorsitzender Kühn lässt zunächst über den mündlichen Änderungsantrag und hiernach über die Vorlage 22-19554 abstimmen.

Mündlicher Änderungsantrag der BIBS-Fraktion:

Die Verwaltung überprüft im Gespräch mit dem beteiligten Eigentümer und der Firma SESP Solar Projects, ob durch Flächenverkleinerung mit z. B. Aussparungen der Gebiete für den Hamster östlich der K77 eine Umsetzung der Flächen PV-Ablagen möglich ist.

Abstimmungsergebnis zum mündlichen Änderungsantrag:

dafür: 0 dagegen: 10 Enthaltungen: 1

Beschluss zu Vorlage 22-19554:

Der Antrag auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 22-19554 (Empfehlung an VA):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis zu Stellungnahme 22-20104-01:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4. **Aufhebungssatzung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes
WI50 vom 01.12.1970** 22-19775
Stadtgebiet zwischen Am Lehanger, Moselstraße, Oskar-Kämmer-Schule und der öffentlichen Grünfläche unter der Hochspannungsleitung
Aufstellungsbeschluss

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Ratsfrau Mundlos weist auf die Fläche eines in das Planungsgebiet einbezogenen Garagenhofes hin und bittet um Auskunft, welche Konsequenzen dies für den privaten Grundstücks-eigentümer haben wird.

Stadtbaudirektor Leuer verweist zunächst auf die Nutzung der Fläche des Garagenhofs. Mit der Einbeziehung in den Planungsbereich werden dem Eigentümer grundsätzlich Chancen für eine mögliche Entwicklung seines Grundstücks angeboten.

Ratsherr Jonas gibt zu bedenken, dass in Garagenhöfen nicht nur Autos abgestellt, sondern häufig als Werkstätten genutzt werden. Er bittet, dieses mitzudenken und im Gesamtkonzept entsprechend Alternativen anzubieten.

Ratsherr Mehmeti erinnert an die Anhörung des Stadtbezirksrates 221 Weststadt zu dieser Beschlussvorlage, bei der u.a. ein Quartiersplatz und der Erhalt von Werkstatträumen angefragt wurde. Er begrüßt die Entwicklung in diesem Gebiet mit der vorgesehenen Konzeptvergabe und einem 30%-Anteil an sozialem Wohnungsbau.

Ratsfrau von Gronefeld gibt zur Werkstattnutzung von Garagen unter Verweis auf die Garagenverordnung den Hinweis, dass Garagen nur zum Abstellen von Kraftfahrzeugen und Zubehör genutzt werden dürfen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn kündigt Herr Schmidbauer eine Verfahrensdauer von etwa einem Jahr an.

Beschluss:

"Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung einer Aufhebungssatzung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes WI 50 vom 01.12.1970 beschlossen."

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|----|--|----------|
| 5. | 153. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Hinter dem Berge";
Stadtgebiet nördlich der Straße "Hinter dem Berge"
Planbeschluss | 22-20052 |
| 6. | Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Hinter dem Berge",
HL 48
Stadtgebiet nördlich der Straße Hinter dem Berge (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemarkung Hondelage Flur 11, Flurstücke 64/1 und 64/2 (tlw.) (Geltungsbereich B), Gemarkung Dibbesdorf Flur 5, Flurstück 5/2 (Geltungsbereich C)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, tlw. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses | 22-19990 |

Die Beschlussvorlage 22-20052 wird gemeinsam mit der Beschlussvorlage 22-19990 beraten.

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlagen der Verwaltung ein.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes verlässt um 16:21 Uhr die Sitzung.

Herr Schmidbauer stellt den Bebauungsplan „Hinter dem Berge“ (HL 48) vor.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes nimmt ab 16:24 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Mundlos kündigt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zu den Vorlagen 22-20052 22-19990 an. Sie begrüßt ausdrücklich die Berücksichtigung von Vorkehrungen für den Umgang mit Starkregenereignissen und Einfamilienhäusern und lobt ausdrücklich die Festsetzungen der Verwaltung zur Grünordnung.

Auf ihre Nachfragen informiert Herr Schmidbauer, dass die Grundschule nach einer Untersuchung über ausreichende Aufnahmekapazitäten für das vergleichsweise kleine Baugebiet mit 60 Gebäuden verfügt und für den Fortbestand der angrenzenden Betriebe und des Sportplatzes keine Einschränkungen bestehen. Der Stadtbezirksrat 111 Hondelage-Volkmarode wurde nicht beteiligt, da eine Anhörung der Stadtbezirksräte grundsätzlich zu den Auslegungsbeschlüssen erfolgt. Bei - wie im vorliegenden Fall - Satzungsbeschlüssen ist eine erneute Beteiligung der Stadtbezirksräte nicht vorgesehen.

Ratsherr Volkmarode trägt den Wunsch der Anlieger vor, die unterirdisch vorgesehene Entwässerung als offenen Graben zu gestalten.

Protokollnotiz: Die Entwässerung des Gebietes wurde als unterirdische Entwässerung geplant. Aufgrund der eng bemessenen Straßenräume wäre eine oberirdische Entwässerung über offene Gräben nur realisierbar, wenn im Gegenzug der Straßenraum erweitert werden würde. Dies hätte jedoch aufgrund der örtlichen Gegebenheiten eine erhebliche Minderung der Wohnqualität zufolge, da eine Erweiterung der Straßenräume zulasten der Grundstücksgrößen fallen würde. Diese wurden bereits auf ein qualitatives Mindestmaß reduziert. Daher wurde analog zu den bestehenden Straßen mit einer unterirdischen Entwässerung geplant.

Den Termin für die von Ratsherr Volkmarode nachgefragte Informationsveranstaltung für die Anwohnerinnen und Anwohner stellt Herr Schmidbauer für voraussichtlich März/April 2023 in Aussicht.

Ratsfrau Kluth thematisiert die Parkflächen im Quartier und bittet, die für Besucherinnen und Besucher vorgesehenen Längsparkplätze zu überdenken, da diese Verkehre induzieren. Herr Schmidbauer sagt eine Prüfung zu.

Ratsherr Mehmeti unterstützt das Anliegen von Ratsfrau Kluth und hält die Stellplätze für verzichtbar.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zur Stellplatzzahl erklärt Herr Schmidbauer, dass bauordnungsrechtlich ein Stellplatz je Wohneinheit nachzuweisen ist und ein zweiter (gefangener) Stellplatz gebaut werden kann.

Ratsherr Jonas regt die Modellierung eines Hügels im Bereich des Spielplatzes an. Auf seine Nachfrage zum Regenwassermanagement stellt Herr Schmidbauer die mit Gutachtern geplanten unterschiedlichen Maßnahmen dar.

Ratsherr Jonas regt an, künftig die in den Straßen entstehenden Wassermengen in den jeweiligen Quartieren zu halten und nicht in die Vorfluter abzugeben.

Ratsfrau Jalyschko spricht sich für Sammelparkplätze aus und bittet, keine straßenbegleitenden Parkplätze vorzusehen.

Herr Schmidbauer erläutert die der Verkehrssicherheit dienenden straßenbegleitenden Parkflächen, die in Längsrichtung versetzt angeordnet die Fahrgeschwindigkeit dämpfen sollen.

Ratsfrau Kluth regt an, für die versetzt angeordneten Flächen Grün- und Bauminseln vorzusehen.

Stadtbaurat Leuer macht deutlich, dass es sich hier um ein Musterbeispiel, nicht jedoch um einen Straßenausbauplan handelt. Er sagt zu, in der weiteren Bearbeitung ein Augenmerk auf die ansprechende Gestaltung des Straßenraums zu legen.

Verschiedene Verständnisfragen werden seitens der Verwaltung beantwortet.

Beschluss zu Vorlage 22-20052:

1. „Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3 und 4 zu behandeln.“
2. Für das oben bezeichnete Stadtgebiet wird die 153. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig mit der dazu gehörigen Begründung mit Umweltbericht in der anliegenden Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 22-20052 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 22-19990:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und § 4a (3) BauGB, sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6, Nr. 7 und Nr. 8 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Hinter dem Berge“, HL 48, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Für die in der Anlage Nr. 9 dargestellten Bereiche wird der Aufstellungsbeschluss vom 18.06.2019 aufgehoben.“

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 22-19990 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. **Bebauungsplan "Holwedestraße", AP 25 - Grundsatzbeschluss zur Fortführung des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans "Holwedestraße", AP 25 auf der Grundlage des Siegerentwurfes des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs "Nachnutzung Klinikum Holwedestraße"**

22-20091

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Protokollnotiz: Ratsherr Jonas verlässt um 17:02 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 17:02 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld verlässt um 17:02 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Johannes begrüßt den vorgestellten Siegerentwurf und bittet die Verwaltung um Prüfung einer Alternative zu der vorgesehenen Tiefgarage.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 17:05 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann verlässt um 17:05 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Jonas nimmt ab 17:07 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld nimmt ab 17:08 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Mundlos sieht in dem Siegerentwurf eine gute Lösung. Sie regt an, den geplanten Stellplatzschlüssel von 0,58 aufgrund der zahlreichen Wohneinheiten und des bereits hohen Parkdrucks im näheren Umfeld auf 0,7 zu erhöhen. Auch die Stellplätze für Räder und Lastenräder reichen aus ihrer Sicht möglicherweise nicht aus und sollten erweitert werden.

Stadtbaudirektor Leuer sagt zu, die Frage der Alternative zur Tiefgarage im weiteren Verfahren abzustimmen und dabei auch mögliche Nachteile für den Entwurf abzuwägen. Hinsichtlich des Stellplatzschlüssels verweist er auf zu erstellende Mobilitätskonzepte und eine verkehrsgutachterliche Betrachtung. Im Rahmen der Bauleitplanung wird dieser Ausschuss weiter beteiligt.

Ratsherr Stühmeier fragt nach der Beteiligung des Stadtbezirksrats 130 Mitte hinsichtlich der im Siegerentwurf dargestellten „Holwede-Brücke“, da die Grenze zwischen den Stadtbezirken in der Mitte des Oker-Umflutgrabens verläuft.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann nimmt ab 17:10 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtbaudirektor Leuer sagt zu, den Stadtbezirksrat 130 im Verfahren zu beteiligen, sofern es zu einem Bau der Brücke kommt. Herr Schmidbauer verweist ergänzend auf die Anhörung des früheren Stadtbezirksrats 131 Innenstadt im Zuge der Beschlussfassung über den B-Plan IN 215, in dem diese Brücke bereits vorgesehen wurde.

Aufgrund der Neuzusammensetzung des Stadtbezirksrats 130 nach der Kommunalwahl im September 2021 bittet Ratsherr Stühmeier, dies den Mitgliedern des Stadtbezirksrats 130 nochmals zur Kenntnis zu geben.

Protokollnotiz: Eine entsprechende Information hat die Verwaltung dem Stadtbezirksrat 130 mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 22-20215 übermittelt.

Zur weiteren Nachfrage von Ratsherr Stühmeier, wie sich die im Entwurf vorgesehenen 300 Wohneinheiten hinsichtlich Größe und Typ verteilen, erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass zu diesem Zeitpunkt hierüber noch keine konkrete Aussage getroffen werden kann.

Ratsherr Dr. Piest kritisiert die Positionierung der Holwede-Brücke, da diese an ihrer Ostseite in einen Spielplatz mündet und dessen Funktion beeinträchtigt.

Darüber hinaus fragt er, wie weit die einzelnen Wohnblöcke (Höfe) auseinander stehen. Die Gebäude könnten nach seiner Auffassung in ihrer Länge reduziert und die sich ergebenden Zwischenbereiche zur Pflanzung von Bäumen vorgesehen werden.

Stadtbaurat Leuer macht deutlich, dass großzügiges und zusammenhängendes Grün eine stärkere Verdichtung im Bereich der Baukörper zur Folge hat. Er geht im Falle der von Rats-herr Dr. Piest vorgetragenen Bedenken jedoch nicht von städtebaulich nicht vertretbaren Situationen und aus verweist dabei vergleichend auf Straßenräume im Bestand.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt den Siegerentwurf, der sich aus ihrer Sicht insbesondere durch seinen wertschätzenden Umgang mit Grünbestand und der Öffnung zum bestehenden Wohnquartier auszeichnet. Sie appelliert, den Stellplatzschlüssel ganzheitlich mit dem geplanten Mobilitätskonzept kritisch zu betrachten, da Stellplätze im öffentlichen Raum und der Quartiersgarage in Konkurrenz zu anderen Nutzungen stehen und wirbt dafür, den vorgesehenen Stellplatzschlüssel zu reduzieren.

Ratsfrau Mundlos bittet für die CDU-Fraktion um Aufnahme der folgenden Protokollnotiz.

Protokollnotiz: Bei der weiteren Bearbeitung soll der Aspekt einer Stellplatzanpassung an den Bedarf für Pkw, Räder und Lastenräder mit eingebunden werden.

Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld verlässt um 17:31 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Mehmeti erinnert an die vom Preisgericht einstimmig getroffene Entscheidung für den Siegerentwurf. Er hebt hervor, dass mit dem Siegerentwurf das Ziel erreicht wurde, für den Bereich der Holwedeklinik kein separiertes Quartier entstehen zu lassen. Es wird aus seiner Sicht ein Areal entstehen, dass nicht nur Wohnraum schafft, sondern u.a. Bürgerinnen und Bürgern einen zusätzlichen Freiraum in hoher Qualität mit Oker-Nähe bieten wird. Über verkehrliche Belange kann im weiteren Verfahren diskutiert werden.

Ratsherr Tegethoff lobt den Entwurf, der die alten Gebäudestrukturen aufgreift und sehr viel Platz für freie Räume bietet, als vielversprechend. Er bittet die Verwaltung, bei künftigen Planungsvorhaben den Ausschussmitgliedern den Entwurf mit allen Unterlagen in der Gesamtheit vorzulegen und diese Unterlagen künftig auch an die Beschlussvorlage anzuhängen.

Beschluss:

„Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan „Holwedestraße“, AP 25, soll auf der Grundlage des Entwurfs des 1. Wettbewerbspreises „Nachnutzung des Klinikums Holwedestraße“ fortgeführt und entsprechend entwickelt werden.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Braunschweiger Baulandmodell Gewerbe

Brüder-Schweißger Badlandmodell Gewerbe

- Richtlinie zur bedarfsgerechten Entwicklung von Flächen für Gewerbe, Industrie und Forschungseinrichtungen**

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Ratsfrau Mundlos begrüßt die Vorlage der Verwaltung und kündigt für die CDU-Fraktion die Zustimmung an. Sie dankt der Stadtbaurat Leuer für die angekündigte Gremieninformation zum aktuellen Sachstand vor der Sommerpause 2023. Darüber hinaus bittet Ratsfrau Mundlos die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses eine Information zu Möglichkeiten des Erbbaurechts (auch am Beispiel anderer Kommunen) vorzulegen. Stadtbaurat Leuer sagt dies zu.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt die Vorlage und hier insbesondere den Fokus auf die Bestandsgebiete und eine mögliche Potenzialhebung. Sie regt eine DGNB-Zertifizierung als Leitlinie

für die Entwicklung im Bestand und bei neuen Gewerbegebieten an.

Für Ratsherr Mehmeti ist das Konzept ein starkes Zeichen an die Wirtschaft, die damit ein großes Maß an Verlässlichkeit seitens der Stadt vermittelt wird. Es wird aus seiner Sicht ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich sein, um den unterschiedlichen Belangen der Gewerbetreibenden zu entsprechen. Das Erbbaurecht stellt für ihn dabei ein wesentliches Instrument dar.

Ratsherr Jonas hebt die Berücksichtigung der aus seiner Sicht bedeutenden Aspekte wie Wertschöpfung sowie Anteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze hervor.

Ratsfrau Jalyschko spricht sich für das Erbbaurecht als Form der Grundstücksvergabe aus. Sie ermutigt die Verwaltung, an eine langfristige Handlungsfähigkeit zu denken.

Zur Nachfrage von Ratsfrau Kluth, ob seitens der Verwaltung eine Zertifizierung beispielsweise nach DGNB angestrebt werde, verweist Stadtbaurat Leuer auf die seitens der Verwaltung bei den Bauvorhaben im Bahnhofsquartier intensiv betrachtete Thematik der Zertifizierung. Er schlägt vor, im Rahmen der Bauleitplanung bei den den Gremien vorgelegten Aufstellungsbeschlüssen die Überlegungen zur Zertifizierung im Einzelfall zu betrachten. Dies erachtet er als sinnvoll, da sich die Zertifizierungssysteme in den nächsten Jahren sicherlich noch verändern werden.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth verlässt um 17:13 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

1. Auf der Grundlage des Baulandpolitischen Grundsatzbeschlusses (DS 21-15042) ist zur Bereitstellung von gewerblichen Bauplätzen das „Braunschweiger Baulandmodell Gewerbe“ als Richtlinie zur bedarfsgerechten Entwicklung von Flächen für Gewerbe, Industrie und Forschungseinrichtungen anzuwenden. Die GGB (Außenbereich) und die SFB (Innenbereich) werden so aufgestellt und ausgestattet, dass sie die im Baulandmodell Gewerbe formulierten Zielstellungen erreichen können.
2. Für die konsequente Umsetzung des Baulandmodells Gewerbe ist die mit dem Baulandmodell Wohnen beschlossene zentrale Prozesssteuerungseinheit (DS 22-19055) personell zu verstärken. Der erforderliche personelle Mehrbedarf der Fachdienststellen der Verwaltung ist in dem in der Begründung erläuterten Umfang stufenweise bereitzustellen und im Haushalts- und Stellenplan 2023-24 vollständig zu berücksichtigen.
3. Weiterhin wurde die Struktur-Förderung Braunschweig GmbH als Projektentwicklungsgesellschaft gestärkt und operativ entsprechend neu ausgerichtet. Zur Erfüllung ihres erweiterten Aufgabenspektrums wird sie zeitnah mit dem erforderlichen Fachpersonal ausgestattet (Umfang siehe Begründung).

Der Gesamtmittelbedarf für den Flächenerwerb, Ausgleichsflächen, Entwicklung, Realisierung und Hochbau in Bezug auf die Innen- und Außenentwicklung wird ohne Betriebskosten der Gesellschaften für die ersten drei Jahre mit bis zu 39,5 Mio. Euro angenommen.

Notwendige Finanzmittel werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Haushaltslage und den Zuständigkeiten ab dem Haushaltsjahr 2023 fortlaufend in den Haushalt der Kernverwaltung bzw. die Wirtschaftspläne der GGB bzw. der SFB eingestellt. Die GGB bzw. die SFB benötigen für den projektbezogenen Grunderwerb und die Realisierung von Baugebieten bzw. Hochbauprojekten einen entsprechenden Kreditrahmen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Gebäude Petzvalstr. 50 B, Austausch Lastenaufzug Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

22-20036

Stadtrat Herlitschke erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung. Er verweist darauf, dass

es sich um eine vorgezogene Maßnahme der Gebäudesanierung handelt, da der Betrieb des Lastenaufzugs wesentlich ist.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 18:15 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 18:16 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn informiert über den Hinweis von Herrn Martin (Vertreter des Behindertenbeirats in diesem Ausschuss), bei der in dieser Vorlage benannten Maßnahme möglichst einen barrierefreien Lastenaufzug vorzusehen, da es nach Kenntnis von Herrn Martin Menschen mit Behinderungen nicht möglich ist, in die oberen Geschosse des Gebäudes zu gelangen.

Stadtrat Herlitschke erklärt, dass im Rahmen der Gesamtsanierungsmaßnahme ein barrierefreier Aufzug in einem Treppenauge zusätzlich eingebaut wird. Der Lastenaufzug ist baulich ein reiner Lastenaufzug, der durch Fachpersonal zu bedienen ist. Beide Funktionen sollen getrennt werden.

Herr Eckermann ergänzt, dass sich in dem vorhandenen Fahrstuhlschacht aufgrund der Größe der hier zu transportierenden Lasten eine Kombi-Variante von Lasten- und Personen- aufzug nicht realisieren ließ. Der barrierefreie Zugang wird bis zum Jahr 2024 realisiert.

Beschluss:

„Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 04.11.2022 auf 380.100 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Paillettenhimmel ergänzt mit Baumnachpflanzungen am Friedrich-Wilhelm-Platz

22-20078

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti nimmt ab 18:25 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtrat Herlitschke erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Jonas informiert Stadtrat Herlitschke, dass die Zuwendung der Versicherung „Die Öffentliche“ nicht für eine Sanierung der Gehwegfläche im betreffenden Bereich auskömmlich ist.

Zur Kritik von Ratsherr Dr. Piest bezüglich fehlendem Grün im Einmündungsbereich der Wallstraße verweist Stadtrat Herlitschke auf die besondere örtliche Situation, die Pflanzungen baulich nicht zulässt.

Zur Nachfrage der Ratsherren Kühn und Tegethoff hinsichtlich der Auswirkungen des Paillettenhimmels auf die Vogelwelt informiert Stadtrat Herlitschke, dass nicht von einer nachhaltigen Störung auszugehen ist. Durch die Lichtreflexe ist eine Besetzung der Leinen durch Vögel und eine damit einhergehende Verschmutzung durch Vogelkot nicht in nennenswertem Maße zu erwarten.

Aus Sicht von Bürgermitglied Kraatz ist das Vorhaben überflüssig und nicht nachhaltig. Eine Aufenthaltsqualität werde durch den Paillettenhimmel nicht geschaffen.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann verlässt um 18:32 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann nimmt ab 18:34 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Jonas sieht in dem Vorhaben eine „Verschlimmbesserung“ der städtebaulichen Situation. Er kündigt für die Abstimmung seine persönliche Enthaltung an.

Beschluss:

Der Installation des Paillettenhimmels ergänzt mit Baumnachpflanzungen am Friedrich-Wilhelm-Platz wird zugestimmt. Der Objektbeschluss erfolgt unter Voraussetzung der Annahme der Zuwendung durch den Rat der Stadt Braunschweig am 20.12.2022 (vgl. Vorlage 22-20133).

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

11. Anfragen**11.2. Innenstadtnahe langfristige Unterbringung von Geflüchteten**

22-20136

11.2.1. Innenstadtnahe langfristige Unterbringung von Geflüchteten

22-20136-01

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier verlässt um 18:42 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Herlitschke beantwortet die Anfrage der BIBS-Fraktion.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-20136-01 wird zur Kenntnis genommen.

11.3. Ein Hundebrunnen in Gedenken an "Harras - der erste Polizeihund Deutschlands"

22-20128

11.3.1. Ein Hundebrunnen in Gedenken an "Harras - der erste Polizeihund Deutschlands"

22-20128-01

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 18:45 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage der Gruppe Direkte Demokraten.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-20128-01 wird zur Kenntnis genommen.

11.4. Ist die Aufhebung des Denkmalschutzes für die Braunschweiger Stadthalle und andere Bauwerke möglich?

22-20138

11.4.1. Ist die Aufhebung des Denkmalschutzes für die Braunschweiger Stadthalle und andere Bauwerke möglich?

22-20138-01

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage der AfD-Fraktion.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-20138-01 wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 18:51 Uhr.

gez. Kühn	gez. Leuer	gez. Herlitschke	gez. Ender
Kühn - Vorsitz -	Leuer - Stadtbaudirektor -	Herlitschke - Stadtrat -	Ender - Schriftführung -